
Michael Geuenich

Wirtschaftsentwicklung: Warten auf die Inlandsnachfrage

Michael Geuenich, geb. 1935 in Morschenich/Düren, war, nach Beendigung einer Lehre als Dreher, Jugendsekretär der IG-Metall-Verwaltungsstelle Köln, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Neuss/Rhein und Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen. Seit 1985 ist er Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands; er ist u.a. zuständig für Wirtschafts-, Tarif-, Struktur- und Umweltpolitik.

Die Bundesrepublik erlebt seit 1993 mit jahresdurchschnittlichen realen Wachstumsraten von nur 1,8 Prozent bis 1997 den schwächsten Aufschwung ihrer Geschichte. Wachstumsraten dieser Größenordnung können mit immer weniger Arbeitskräften produziert werden, weil die Produktivitätssteigerung weit höher liegt (1996 z.B. über 3 Prozent). Für einen nachhaltigen Beschäftigungsanstieg sind deutlich höhere Wachstumsraten erforderlich.

Auch 1997/98 Wachstumsschwäche und steigende Arbeitslosigkeit

Mit neuen Negativrekorden auf dem Arbeitsmarkt geht die Bundesrepublik ins Wahljahr 1998. Die Marke von 5 Millionen Arbeitslosen ist nicht mehr fern. Im vergangenen Jahr gingen 460.000 Arbeitsplätze verloren, und die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg auf die Rekordhöhe von 4,4 Millionen im Jahresdurchschnitt. Und auch 1998 ist eine Besserung nicht in Sicht:

Nach der neuesten Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die etwa ein Vierteljahr nach den Prognosen des Sachverständigenrates (SVR) und der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute Anfang Januar erschien, wird sich die Zahl der Arbeitslosen bei einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,5 Prozent nochmals um 125.000 auf 4,51 Millionen Menschen im Jahresdurchschnitt erhöhen. Daß sich die Lohnstückkosten seit Jahren im Minusbereich entwickeln (jahresdurchschnittlich -1,1 Prozent seit 1996), hat sich bisher für die Arbeitnehmer nicht ausgezahlt; denn als Kehrseite dieser Entwicklung hat sich die Nettolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer, also die Arbeitnehmerkaufkraft 1997 um 1,8 Prozent vermindert, und sie wird auch im laufenden Jahr rückläufig sein. Damit liegt die tragende Säule der Massenkaukraft im Minusbereich,

und es hat bisher in der Bundesrepublik noch keinen sich selbst tragenden Aufschwung mit einem nachhaltigen Anstieg der Beschäftigung bei gleichzeitig rückläufiger Massenkaufkraft gegeben.

Ich ziehe ein erstes Fazit: Reallohnsicherung und volle Ausschöpfung des Produktivitätsspielraums müssen unsere Orientierungspunkte einer auch kaufkraftorientierten Lohnpolitik sein.

Turbulenzen durch asiatische Währungskrise?

Für Deutschland dürfte die Währungskrise in Südostasien nur geringe Auswirkungen haben. Die Exporte in die südostasiatischen Schwellenländer hatten zwar 1997 um reichlich 10 Prozent zugenommen, doch der hohe Überschuß im Handel mit diesen Ländern dürfte 1998 wegen der starken Aufwertung der D-Mark als Folge des Wegkippens der asiatischen Finanzmärkte zurückgehen. Das Ausmaß von DM-Aufwertung und asiatischem Währungsverfall geht aber soweit über die fundamentalen Wirtschaftsdaten hinaus, daß mit Korrekturen gerechnet werden muß. Sollte es in diesen, dem Standort Deutschland immer wieder als Musterknaben vorgehaltenen, Ländern allerdings bisher nicht öffentlich gewordene Tretminen mit der Folge weiterer Pleiten und Finanzzusammenbrüche geben, ist eine Krisenverschärfung nicht ausgeschlossen.

Finanzpolitik weiter restriktiv

Für dieses Jahr ist mit einer Fortsetzung der restriktiven Finanzpolitik zu rechnen. Mit einem Plus von 1,5 Prozent werden sich die Ausgaben ebenso schwach wie im Vorjahr entwickeln. Die Finanzpolitik setzt damit einen Kurs fort, den sie als Folge einer zu starren Interpretation des Maastrichter Vertrages zur Erfüllung des Defizit-Kriteriums der Europäischen Währungsunion schon seit Jahren verfolgt.

Dem SVR ist das alles nicht restriktiv genug, denn er fordert einen weiteren Sozialabbau, unbeschadet der allein seit 1992 vorgenommenen Einschnitte in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialhilfe, beim Schlechtwettergeld, den Lohnersatzleistungen, im Gesundheitswesen und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Und auch die vom SVR geforderte weitere Steuerentlastung der Unternehmen als Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung kann nicht überzeugen, denn der Anteil der Gewinnsteuern am BIP ist in den neunziger Jahren von 6 auf 4 Prozent zurückgegangen, obwohl der BIP-Anteil der Gewinne von 21 Prozent auf über 23 Prozent angestiegen ist.

Ich ziehe ein zweites wirtschaftspolitisches Fazit: Die Finanzpolitik muß eine offensivere Rolle bei Wachstum und Beschäftigung spielen. Das bedeutet nicht eine Vertagung der notwendigen Haushaltskonsolidierung auf unbestimmte Zeit. Doch dürfen die Haushaltsdefizite erst dann abgebaut werden, wenn sich die Wirtschaft in einem nachhaltigen Aufschwung befindet.

Geldpolitik auf Tauchstation

Die Deutsche Bundesbank wirbt mit dem Spruch „Die Zinsen sind auf einem historisch niedrigen Niveau“ für ihre angeblich aktive Rolle bei der Unterstützung eines Wachstums- und Beschäftigungsaufschwungs. Tatsächlich ist sie nicht nur passiv, sondern sogar rückwärtsgewandt, d.h. sie legt der wirtschaftlichen Entwicklung monetäre Fesseln an und unterbindet damit mehr Wachstums- und Beschäftigungsdynamik. Dies ist ein erheblicher Vorwurf; er läßt sich aber wie folgt rechtfertigen: Der reale, d.h. preisbereinigte Diskontsatz lag in früheren Aufschwungphasen häufig im Negativbereich. So zu Beginn der siebziger Jahre mit jahresdurchschnittlich -1,1 Prozent sowie Mitte der siebziger Jahre mit jahresdurchschnittlich -0,3 Prozent. Seit 1995 aber liegt eben dieser Leitzinssatz mit +1,4 Prozent jahresdurchschnittlich eindeutig im real positiven Bereich. Der von der Bundesbank immer wieder hochgelobte „historisch niedrige Refinanzierungszins“ ist keinerlei Beleg dafür, daß dieser Zinssatz nicht zu hoch sein könnte, und er ist tatsächlich zu hoch.

Selbst wenn man ihre Rolle als „Währungs- und Stabilitätshüterin“ akzeptiert, so muß auch die Bundesbank zur Kenntnis nehmen, daß die Preissteigerungsrate in den Jahren 1997 und 1998 „im Kern“ bei gerade einmal 0,5 Prozent lag. Wenn sie trotzdem nicht statistisch deutlicher unter 2 Prozent ausgewiesen wurde als es der Fall war, dann liegt das einzig und allein an administrativen, d.h. nicht markt- bzw. nachfragebedingten Preiserhöhungen. Und spätestens der laufende Rückgang der Lohnstückkosten müßte für die Bundesbank ein deutlicher Stabilitätsgarant sein. Offenbar aber überwiegt im Frankfurter Zentralbankrat die Zahl derjenigen Mitglieder, die „unter jedem Kieselstein eine Inflation wittern“, und nicht die Zahl der Realisten. Und offenbar werden dort erneut Inflationsgefahren antizipiert, die - wie überbordende Lohnerhöhungen oder die geplante Mehrwertsteuererhöhung - entweder gar nicht kommen werden oder wie die Mehrwertsteuererhöhung noch gar keine absehbare Preiswirkung entfalten.

Da die Bundesbank eindeutig die Rolle einer „Leitbank“ in Europa innehat und sich keine Zentralbank eines anderen EU-Mitgliedstaates von ihrer Politik merklich entfernen kann, hat das Ganze auch eine europäische Komponente. Viele unserer europäischen Partnerländer haben nämlich Preissteigerungsraten, die nicht nur nicht höher, sondern zum Teil niedriger sind als in Deutschland (Frankreich, Italien, Österreich, Luxemburg, Finnland). Die Bundesbank blockiert also auch geldpolitische Signale über die deutschen Grenzen hinaus.

Ich ziehe ein drittes politisches Fazit: Da die Lohnpolitik seit 1995 den Spielraum von Produktivitätszuwachs plus Zielinflationsrate nicht ausschöpft mit der Folge sinkender Lohnstückkosten, hätte die Geldpolitik schon lange ebenso energisch auf weitere Zinssenkungen schalten müssen, wie sie das im Falle einer über den Produktivitätszuwachs plus Zielinflationsrate hinausgehenden Lohnpolitik in Form von Zinserhöhungen ganz selbstverständlich getan hätte. Sie muß offenbar noch lernen, mit sinkenden Lohnstückkosten umzugehen. Hätte sie es bereits gelernt, dann müßte sie mit deutlichen Zinssenkungen der Schwäche der Binnennachfrage und hier insbesondere der Investitionsnachfrage entgegenwirken. Die Bundesbank ist eindeutig inkonsequent, wenn Sie die Lohnpolitik für aus ihrer Sicht begangene „Fehler nach oben“ abstrafft. Abweichungen der Lohnpolitik „nach unten“ aber nicht auf der Nachfrageseite durch Zinssenkungen flankiert.

Steuerreform - ihr Scheitern ist kein Verlust

Die „ganz große“ Steuerreform ist gescheitert. Für Arbeitnehmer ist das kein erheblicher Verlust, jedenfalls wenn man die Vorschläge der Waigel-Kommission - auch bekannt als „Petersberger Beschlüsse“ - und damit das Vorschlagspaket der Bundesregierung zugrundelegt. Die Reform sollte nach dem Prinzip „niedrigere Steuersätze bei Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage“ konzipiert werden. Die Entlastung durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer wäre schon bei einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage um nur 2.500 DM gleich Null gewesen. Eine solche Verbreiterung wurde in sehr vielen Fällen bereits erreicht durch die Vorhaben,

- die Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge zu streichen
- und die Kilometer-Pauschale für Fahrten von der Wohnung zur Arbeitsstätte auf einen kaum noch erkennbaren Rest zu streichen (bis 15 Entfernungskilometer 0, ab 16 Kilometer nur noch 40 statt 70 Pfennig).

Die Steuerentlastung bei einem Einkommensmillionär wäre dagegen erst bei Streichung von Vergünstigungen in Höhe von 330.000 DM gleich Null gewesen, denn für jede Einkommensmillion gab es fast 150.000 DM Steuerentlastung jährlich.

Das Prinzip „niedrige Steuersätze bei breiterer Steuerbemessungsgrundlage“ kann für die in der nächsten Legislaturperiode zu erwartende Steuerreform durchaus beibehalten werden. Entscheidend aber ist erstens, für wen die Steuersätze gesenkt werden und zweitens, wie die Bemessungsgrundlage verbreitert wird. Hier müssen die skandalösen Möglichkeiten der Steuerausweichung und Steuerhinterziehung durch Schlupflöcher, Abschreibungsorgien, unlauteren Steuerwettbewerb (Steuerdumping) in der EU und Zinssteuerflucht unbedingt im Vordergrund stehen. Auch die Wiedereinführung einer Vermögensteuer zumindest für Privateinkommen darf kein Tabu bleiben. Auf Steuerentlastung haben „die Packesel der Nation“ einen ersten Anspruch. Das sind die (Lohn-)Steuerzahler im mittleren Einkommenssegment zwischen 20.000 und 100.000 DM, die immer mehr zu den eigentlichen Finanziers der Staatsfinanzen geworden sind.

Unternehmenssteuerreform

Die Gewinnsteuerquote der Unternehmen ist langfristig gesunken - in den 10 Jahren seit 1987 z. B. von 32,3 auf 26 Prozent. Auf die diversen Ursachen soll an dieser Stelle nicht im Detail eingegangen werden. Jedenfalls hat sich mittlerweile das vom DGB seit Jahren geforderte Prinzip der Aufkommensneutralität jeder Unternehmenssteuerreform bis zur Bundesregierung durchgesetzt. Niedrigere Steuersätze ja - aber dann gegenfinanziert durch Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage, d.h. durch Einschränkung der in Deutschland in einmaliger Weise vorhandenen steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Auf dieser Tasteratur zur Absenkung steuerpflichtiger Gewinne können deutsche Unternehmer fast nach Belieben spielen. Hier einige Kostproben aus dem „Monatsbericht Oktober 1997“ der Deutschen Bundesbank, wo ein Vergleich zwischen US-Steuerrecht und deutschem Steuerrecht gezogen wird:

- Immaterielle Vermögensgegenstände können in Deutschland sofort abgeschrieben werden; in Amerika erst über einen Zeitraum von 40 Jahren.
- Bei der Abschreibung von Maschinen und Anlagen „führt die abweichende Praxis der amerikanischen Unternehmen (...) zu einem deutlich niedrigeren Abschreibungsvolumen und damit zu spürbar höheren (zu versteuernden) Gewinnen“ (S. 41).
- In den USA „ist die Bildung von Rückstellungen an die Voraussetzung gebunden, daß mit dem Eintritt der Verpflichtung fast sicher gerechnet werden muß (...) Demgegenüber genügt in Deutschland (...) bereits eine voraussichtliche Inanspruchnahme“ (S. 41).

In bezug auf positive Beschäftigungswirkungen einer Unternehmenssteuerreform sollte man - im Gegensatz zu dem Eindruck, den die Unternehmerverbände und die Bundesregierung erwecken - vorsichtig sein. Dazu das DIW: „Vielfach wird in der steuerpolitischen Diskussion auch die Tatsache vernachlässigt, daß im gegenwärtigen Steuersystem mit seinen vergleichsweise hohen Steuersätzen, aber für Investoren günstigen Abschreibungsmöglichkeiten und Gewinnermittlungsvorschriften, ein erheblicher Anreiz zum Investieren besteht“ (Wochenbericht des DIW 1-2/98, S. 29).

Deutschland auf dem Weg zum High-Tech-Land

Deutschland ist auf dem Weg, ein High-Tech-Land zu werden. Das ist der wichtigste Befund des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie in seinem jüngsten Bericht „Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschland“. Im einzelnen:

Spitzentechnologien haben in Deutschland als treibende Kraft stark zugenommen und liegen mit einem Anteil von mittlerweile 11,7 Prozent an der Industrieproduktion an vorderster Front der Wachstumshierarchie.

Auf dem Weltmarkt für technologieintensive Güter hat sich Deutschland dicht an die Spitzenreiter Japan und USA herangearbeitet: Japan liegt vorn

mit 19,5 Prozent, die USA folgen auf Platz 2 mit 17,8 Prozent, und Deutschland liegt mittlerweile mit 17,1 Prozent Weltmarktanteil ganz dicht dahinter auf Platz 3. Zudem ist Deutschland der größte Technologielieferant Europas vor Großbritannien und Frankreich, die mit jeweils 7,5 Prozent zum Weltmarkt beitragen.

Beim Welthandel mit höherwertiger Technik hat Deutschland Japan überholt und liegt mit einem Weltmarktanteil von 19,5 Prozent an der Spitze vor Japan (19,3 Prozent) und den USA (13,1 Prozent).

Daß der Innovationsstandort Deutschland wieder in die Offensive geht, ist *gegen* den und nicht *wegen* des Standort-Defaitismus von Industrie-Verbandspräsidenten erfolgt. Es ist Ergebnis harter Arbeit von Unternehmern, verantwortungsvollen Einsatzes und disziplinierter Zielstrebigkeit hochqualifizierter Arbeitnehmer sowie effizienter Kooperation von Gewerkschaften, Betriebsräten und vielen Unternehmensleitungen.

Fazit und Ausblick

Jede Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung wird ganz selbstverständlich überschattet von der Massenarbeitslosigkeit. Mittlerweile ist es geradezu banal, darauf hinzuweisen, daß sich daran nur mit kompletten und in sich stimmigen Maßnahmenbündeln und nicht mit irgendwelchen Patentrezepten etwas ändern wird. Die Rolle der Makro-Wirtschaftspolitik ist dabei mittlerweile allzusehr in den Hintergrund getreten. Das mag auch daran liegen, daß wir einen Bundeswirtschaftsminister haben, der die Hände nach dem Motto „Wirtschaften findet in der Wirtschaft statt“ in den Schoß legt. Ohne eine auch die Wachstumskräfte berücksichtigende Finanzpolitik und ohne eine Geldpolitik, die den Mut hat, in Zeiten eines Zurückbleibens der Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung kräftige Signale zu setzen, sind die Voraussetzungen für beschäftigungswirksame Wachstumsraten weder in Deutschland noch in Europa erfüllt.

Daß der Standort Deutschland von der Kosten- und Steuerseite her weitaus besser ist, als die Unternehmerpropaganda es wahrhaben will, hat der DGB seit Jahren vertreten. Das bestätigt sich heute nicht zuletzt - und erfreulicherweise - auch wieder im Hinblick auf die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Auch das aber wird zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung nicht ausreichen. Wachstums- und Innovationspolitik müssen außer durch vielfältige Formen der Arbeitsmarktpolitik, die erfreulich intensiv und vielversprechend in den Ergebnissen des Luxemburger Beschäftigungsgipfels vom 20./21. November 1997 aufgegriffen werden, durch eine konsequente Politik zur Umverteilung der Arbeit ergänzt werden. Dazu heißt es in der Ziffer 70 der „Beschäftigungsrichtlinien“ des Luxemburger Beschäftigungsgipfels: „Die Sozialpartner werden ersucht (...), Vereinbarungen zur Modernisierung der Arbeitsorganisation (...) und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Anpassungsfähigkeit und Sicherheit zu erreichen.“

Diese Vereinbarungen können beispielsweise auch Regelungen betreffend Jahresarbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzungen, Reduzierung der Überstunden, Ausbau der Teilzeitarbeit, lebenslange Weiterbildung und Unterbrechung der Erwerbstätigkeit beinhalten“.

Das entspricht der Tarifpolitik der deutschen Gewerkschaften. Der DGB wird die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) auffordern, sich dazu zusammen mit dem DGB gegenüber der Bundesregierung, dem Europäischen Rat der EU-Regierungschefs und der Europäischen Kommission vorbehaltlos zu bekennen.